



**Kleine Anfrage**

**Dr. Dr. Rainer Rahn**

(fraktionslos)

**Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz zu Fragen der Migration – Teil 1**

**Vorbemerkung:**

Am 13.10.2023 trafen sich die Ministerpräsidenten der Länder zur Beratung über Fragen der Migration, wobei über wesentliche Punkte Einigkeit erzielt wurde. Der hessische Ministerpräsident betonte, dass die jüngsten Wahlergebnisse in Hessen und Bayern deutlich gemacht hätten, „dass nun gehandelt werden müsse“. Der niedersächsische Ministerpräsident zeigte sich dabei entschlossen, „das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen“.

Demnach sollen Asylverfahren für Zuwanderer mit geringer Bleibeperspektive zukünftig innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein – einschließlich der nachfolgenden Klageverfahren. Betroffen sind Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als 5 % beträgt. Soweit erforderlich, soll der Bund die personellen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen – v.a. im Bereich des BAMF. Weiterhin wird „eine schnellere und konsequentere Rückführung abgelehnter Asylbewerber“ gefordert, „insbesondere von denjenigen, die schwere Straftaten oder Gewaltverbrechen verübten“. Zudem soll eine bundesweit einheitliche Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt werden. Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, „zeitnah“ die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen. Der hessische Ministerpräsident forderte „eine Harmonisierung von Sozialleistungsstandards“ für Asylbewerber und Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union. Dabei dürfte jedoch niemand „in den ersten Monaten signifikante Veränderungen“ erwarten ([https://www.focus.de/politik/deutschland/ministerpraesidentenkonferenz-im-liveticker-beratungen-ueber-asylpolitik-laender-diskutieren-wohl-ueber-arbeitspflicht-fuer-gefluechtete\\_id\\_222918303.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/ministerpraesidentenkonferenz-im-liveticker-beratungen-ueber-asylpolitik-laender-diskutieren-wohl-ueber-arbeitspflicht-fuer-gefluechtete_id_222918303.html); <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeslaender-begrenzung-migration-102.html>; <https://zeitung.faz.net/webreader-v3/index.html#/472402/1>; <https://epaper.fnp.de/webreader-v3/index.html#/480498/2-3>; <https://epaper.fr.de/webreader-v3/index.html#/480496/4-5>).

Ich frage die Landesregierung:

1. Vertritt die Landesregierung die Auffassung, dass bei einem anderen Ergebnis der bayerischen bzw. hessischen Landtagswahl kein Handlungsbedarf hinsichtlich der Frage der Migration bestanden hätte?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es bei der Migrationsfrage weniger um die Lösung des Problems geht als vielmehr darum, „das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen“?
3. Geht die Landesregierung tatsächlich davon aus, dass – insbesondere angesichts der gesetzlichen Vorgaben, der Verfahrensdurchführung mit Übersetzung von Dokumenten und Angaben, der Fristen in Gerichtsverfahren etc. – ein Asylverfahren innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden kann?
4. Falls 3. unzutreffend: welche rechtlichen Bestimmungen müssten nach Auffassung der Landesregierung geändert werden, um das unter 3. genannte Ziel umzusetzen?
5. Bei Angehörigen welcher Staaten liegt die Anerkennungsquote von Asylbewerbern derzeit bei unter 5 %?

6. Wie viele Asylbewerber kamen in der letzten 5 Jahren aus den unter 5. genannten Ländern (Bundesrepublik und Hessen, absolute Zahlen und prozentualer Anteil sämtlicher Asylbewerber)?
7. Welche personellen und organisatorischen Voraussetzungen müssen durch den Bund nach Auffassung der Landesregierung geschaffen werden, um das Ziel des Abschlusses eines Asylverfahrens innerhalb von drei Monaten umzusetzen?
8. Welche personellen und organisatorischen Voraussetzungen müssen durch die Länder, in deren Zuständigkeit die Gerichtsverfahren fallen, nach Auffassung der Landesregierung geschaffen werden, um das Ziel des Abschlusses eines Asylverfahrens innerhalb von drei Monaten umzusetzen?
9. Innerhalb welchen Zeitraumes plant die Landesregierung, die unter 8. genannten personellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen?
10. Welche zusätzlichen Kosten plant die Landesregierung für die Umsetzung der unter 8. genannten Maßnahmen ein?

**Wiesbaden, den 16. Oktober 2023**

